



Durchführung der zweiten Ministerkonferenz im Rahmen des Prozesses "Umwelt für Europa" Ende April 1993 in der Schweiz

Aufgrund des Antrages des EDA und des EDI vom 12. November 1992

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Konferenz findet vom 28. - 30. April 1993, in Luzern statt.
2. Ein Exekutivsekretariat gemäss Punkt 7. des Antrages wird eingerichtet. Herr T. Litscher, Stellvertreter des Chefs der Sektion internationale Umweltangelegenheiten im EDA, wird zum Exekutivsekretär ernannt.
3. Die Vorbereitungs- und Durchführungskosten der Konferenz in der Höhe von maximal Sfr. 1'347'000 werden dem Budget 1993 des BUWAL (EDI), Rubrik 310.3600.501 belastet.
4. Den Konferenzdelegationen werden Vorrechte und Immunitäten gemäss der Konvention über Sondermissionen vom 8. Dezember 1969 gewährt.

Für getreuen Protokollauszug:

Albrecht Müller

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
X		EDI	5	-
	X	EJPD	5	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
	X	EVD	5	-
		EVED		
		BK		
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-



EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN
 EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN

Bern, den 12. November 1992

An den Bundesrat

**Durchführung der zweiten Ministerkonferenz im Rahmen des Prozesses
 "Umwelt für Europa", Luzern, 28. - 30. April 1993**

Zusammenfassung

Die zweite pan-europäische Konferenz der Umweltminister findet vom 28. - 30. April 1993 in Luzern statt. Der Stand der Vorbereitungsarbeiten, an denen sich alle interessierten Staaten, alle relevanten internationalen Organisationen und Finanzinstitute sowie die Nicht-Regierungssektoren beteiligen, lässt sehr substantielle Ergebnisse erwarten:

- ein Aktionsprogramm für Zentral- und Osteuropa, das verspricht, konkrete und pragmatische Lösungsvorschläge für die dringendsten Umweltprobleme in diesem Teil Europas vorzulegen,
- einen ersten Entwurf eines Umweltzustandsberichtes für Europa,
- die Verbesserung und Weiterentwicklung einer Reihe von politisch bedeutsamen und für die Gesamtregion relevanten Instrumenten der Umweltpolitik (erste Elemente eines Umweltprogrammes für Europa),
- die Festigung und Vertiefung des Prozesses "Umwelt für Europa" mit dem Langfristziel der Konvergenz von Umweltpolitiken und Schutzniveaus.

Der Schweiz bietet sich somit die Chance, umweltpolitisch zum Ausgangspunkt einer wichtigen Weichenstellung in Europa zu werden. Soll diese Chance genutzt werden, sind grosse Anstrengungen insbesondere auch im politischen Bereich nötig. Es gilt sicherzustellen, dass die Konferenzergebnisse nicht toter Buchstabe bleiben, sondern als Ausdruck eines verbindlichen Engagements der Umweltminister im Namen ihrer Regierungen in die Tat umgesetzt werden.

Administrativ und finanziell sind trotz wesentlichen Beiträgen anderer Staaten und internationaler Institutionen im Vorbereitungsprozess erhebliche Lasten von der Schweiz zu tragen. Ein Exekutivsekretariat ist einzurichten und mit den nötigen Mitteln auszustatten (geschätzte Kosten: Sfr. 1'347'000).

Für den Fall, dass für die Umsetzung des Aktionsprogramms für Ost- und Mitteleuropa Mechanismen eingerichtet oder Beitragsankündigungen an der Konferenz erfolgen sollten, sind Mittel zu reservieren, die der Schweiz ein Mitmachen erlauben würden. Schliesslich werden den Konferenzdelegationen die üblichen Vorrechte und Immunitäten gewährt.

1. Der Prozess "Umwelt für Europa"

Der Umbruch in Ost/Mitteleuropa hat Möglichkeiten zu einer verstärkten umweltpolitischen Zusammenarbeit über ganz Europa hinweg eröffnet. In Anbetracht der integrationspolitischen Zielsetzungen der mittel- und osteuropäischen Staaten wie unter dem Gesichtspunkt eines möglichst harmonischen Herausbildens des "neuen" Europa ist eine solche Zusammenarbeit vordringlich und unerlässlich.

Mit der ersten pan-europäischen Konferenz der Umweltminister auf Schloss Dobris bei Prag im Juni 1991 wurde ein Anfang gemacht. Es wurden die Schwerpunkte einer verstärkten Zusammenarbeit identifiziert und der Vorbereitungsprozess für eine Folgekonferenz definiert. Auf Anfrage des Gastgebers übernahm es die Schweiz, die Folgekonferenz zu veranstalten, sobald die entsprechenden Vorarbeiten hinreichende und konkrete Ergebnisse erwarten lassen.

2. Ziele

Der EG/EFTA-Raum war in den vergangenen Jahren gekennzeichnet durch eine zunehmende Konvergenz der Umweltpolitiken. Ein hohes Mass an Umweltqualität und -schutz wurde erreicht. Dagegen ist die Umweltsituation in Ost- und Mitteleuropa sehr schwierig, und ein eigentliches Konzept, eine kohärente Strategie zur mittel- und längerfristigen Verbesserung der Lage fehlt noch weitgehend. Dieses Vakuum zu füllen, die Integration von Umweltaspekten in den Umgestaltungsprozess sicherzustellen und die ost- und mitteleuropäischen Staaten in die westeuropäische umweltpolitische Konvergenz einzubeziehen, ist das längerfristige Ziel des in Dobris begonnenen Prozesses. Mit der Schweizer Konferenz als nächster Etappe sollen erste konkrete und substantielle Schritte auf dieses Ziel hin gemacht und die Richtung der folgenden Etappen zur Erweiterung und Vertiefung des Prozesses festgelegt werden.

3. Erwartete Konferenzergebnisse

Aufgrund der Vorarbeiten können folgende Konferenzergebnisse erwartet werden:

Umweltaktionsprogramm für Ost- und Mitteleuropa

Als umfassende Strategie konzipiert (vgl. Beilage 1) soll das Dokument den direkt betroffenen Regierungen eine Handlungshilfe geben, um Umweltaspekte angemessen in den Umstrukturierungsprozess zu integrieren, den Ressourceneinsatz zu optimieren und ihre Umweltpolitik so auszurichten, dass sie verträglich ist mit ihren europapolitischen Zielsetzungen. Für die Geberländer schafft das Programm einen konsistenten Rahmen und ermöglicht eine verbesserte Koordination, Prioritätensetzung und Mittelzuordnung.

Umweltzustandsbericht Europa: 1. Entwurf

Anlässlich der ersten pan-europäischen Konferenz in Dobris betrauten die Minister die EG Kommission mit der Erarbeitung eines Umweltzustandsberichtes für den gesamten europäischen Raum. Er soll bis Ende 1993 fertiggestellt werden, die mittel- und längerfristig bedeutendsten umweltpolitischen Herausforderungen auf dem Kontinent identifizieren, Ansätze für deren Bewältigung in einer gesamteuropäischen Angehensweise aufzeigen und damit zur Grundlage für die Erarbeitung eines Umweltprogrammes für Europa werden. Der Konferenz in der Schweiz wird ein erster Entwurf vorliegen.

Erste Elemente eines Umweltprogrammes für Europa

Die Erarbeitung eines Umweltprogrammes für Europa, wie es die Minister in Dobris in Aussicht genommen haben, ist eine Langfristaufgabe. Der Konferenz in der Schweiz fällt die Aufgabe zu,

ein tragfähiges Fundament für die weitere Entwicklung des Programmes zu schaffen. Die Vorbereitungsarbeiten (Beilage 2) konzentrieren sich daher auf die Verstärkung und Ergänzung der Instrumente und Mechanismen gesamteuropäischer Zusammenarbeit. Dazu gehören die Harmonisierung und der Ausbau der Systeme zur Erhebung und Auswertung von Umweltdaten, die Regelung von Problemen, die auf das Entstehen neuer Staaten für internationale Rechtsinstrumente zurückzuführen sind, und besonders die Stärkung der Mechanismen zur Erfolgskontrolle dieser Rechtsinstrumente, der Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente der Umweltpolitik wie CO₂-Abgabe/Energie-Steuer, der Einbezug aller europäischen Staaten in ein Verfahren periodischer Umweltleistungsprüfungen oder der Erfahrungsaustausch bezüglich des Einbezugs einer breiteren Öffentlichkeit in die Gestaltung und Umsetzung der Umweltpolitiken.

In der Folge der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung geht es zudem darum, Möglichkeiten zu prüfen für ein gemeinsames Vorgehen aller europäischen Länder in der Umsetzung der UNCED Ergebnisse.

Die den Ministern unter dieser pan-europäischen Komponente der Konferenz vorzulegenden Elemente sollen in politisch wesentlichen Bereichen greifbare Fortschritte bringen.

Festigung und Vertiefung des Prozesses

Ein angemessenes Forum für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit im Umweltbereich fehlt weitgehend. Die ECE/UNO leidet an der Schwäche ihres Sekretariates, hat nicht ausschliesslich europäischen Charakter und reflektiert wohl auch die starke Rolle der EG zu wenig. Der Europarat ist in seinem Tätigkeitsfeld und seinem Erfahrungshintergrund zu beschränkt. "Umwelt für Europa" hat somit ein Vakuum zu füllen. Die Absicht ist dabei nicht, neue Institutionen zu schaffen. Vielmehr soll der Prozess, wie dies bereits für die Vorbereitung der Schweizer Konferenz geschieht, sämtliche relevanten Institutionen einbeziehen und das Instrumentarium der Zusammenarbeit ergänzen durch ad hoc Arbeitsgruppen, evtl. Treffen auf hoher Beamtenebene. Die periodischen Ministerkonferenzen würden jeweils die Prioritäten festlegen und Arbeitsprogramme definieren. "Umwelt für Europa" könnte sich in diesem Sinne auch zu einer eigenständigen umweltpolitischen Komponente in der gesamteuropäischen Integrationsdynamik entwickeln. Die Voraussetzungen, dass die Schweizer Konferenz den Prozess festigen und vertiefen kann, sind günstig, nicht nur weil sie sehr viel weiterführende Substanz zum Inhalt haben wird, sondern auch weil mit Deutschland bereits der Gastgeber einer weiteren Folgekonferenz im Prozess feststeht.

4. Konferenzvorbereitungen

Ende des vergangenen Jahres wurden die Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz konzipiert, strukturiert und eingeleitet. Eine Expertengruppe unter dem Vorsitz der Schweiz, zusammengesetzt aus Vertretern der Regierungen und aller relevanter internationaler Organisationen, nimmt die Gesamtführung wahr. Sie hat bisher vier Tagungen durchgeführt. Mindestens vier weitere werden folgen. Die Substanz wird in folgenden vier Ausschüssen erarbeitet:

- Aktionsprogramm für Ost- und Mitteleuropa (Vorsitz: EG-Kommission, Sekretariat: Weltbank, OECD)
- Umwelt für Europa (Vorsitz: Finnland, Sekretariat: ECE/UNO)
- Naturschutz (im Rahmen des Europarates)
- Umweltzustandsbericht Europa (Vorsitz und Rahmen: EG-Kommission).

Auch diese Ausschüsse treffen sich periodisch. Ein Organigramm des Gesamtprozesses sowie eine Liste der vorbereitenden Aktivitäten finden sich in Beilage 3.

Sehr positiv zu vermerken ist, dass sich alle wesentlichen Partner in die Vorbereitungsarbeiten eingliedert haben. Ebenso beteiligen sich auch die Mittel- und osteuropäischen Staaten daran aktiv. Damit konnten wichtige Anliegen - Koordination, Vermeidung von Doppelspurigkeiten - verwirklicht werden. Im Moment befindet sich die Konferenzvorbereitung noch in der Phase der

Erarbeitung der analytischen, technischen Grundlagen. Je mehr Ergebnisse aus diesen Arbeiten vorliegen, umso stärker rückt aber der politische Prozess in den Vordergrund. Darin sind die analytischen Grundlagen unter Beteiligung insbesondere aller interessierten Regierungen in ministerielles Material umzusetzen.

5. Einbezug der informellen Sektoren

Der Einbezug der Nicht-Regierungskreise in "Umwelt für Europa" ist mindestens unter zwei Gesichtspunkten wünschbar: zum einen sollen deren Erfahrungen und Kenntnisse nutzbar gemacht werden, zum andern kommt den Nicht-Regierungskreisen in der Oeffentlichkeitsarbeit und der Umsetzung der Ergebnisse eine bedeutende Rolle zu. Im Auftrag der Expertengruppe hat die Schweiz Ende August eine Konsultativtagung mit internationalen (Dach-) Organisationen der in Frage kommenden Sektoren durchgeführt. Dabei konnten die Modalitäten für deren Mitarbeit wie folgt festgelegt werden: aktive Beteiligung am Vorbereitungsprozess und an der Konferenz selbst durch je eine Delegation pro Sektor, den internationalen Organisationen vergleichbarer Status (Anrecht auf Dokumentation, Rederecht), keine Teilnahme an Beschlussverhandlung und -fassung. Die nationalen Nicht-Regierungsorganisationen wurden von der Expertengruppe an die nationalen Delegationen verwiesen. Schweizerischerseits fand ein Konsultativtreffen mit der Europakoordination der sechs Umweltverbände und dem Vorort statt. Dabei wurde der Einbezug von je einem Vertreter in die schweizerische Delegation an den Treffen der Expertengruppe und der Konferenz zugesichert.

6. Rolle der Schweiz

Der Schweiz bietet sich die Chance, umweltpolitisch Ausgangspunkt für eine wichtige Weichenstellung in Europa zu werden. Diese Chance zu nutzen und den vom Vorbereitungsprozess geweckten Erwartungen gerecht zu werden, bedingt ein substantielles Engagement. Dass es gelang, die relevanten laufenden oder geplanten Arbeiten weitestgehend in den Vorbereitungsprozess einzugliedern (z.B. die vom Europarat für 1993 geplante Ministerkonferenz zum Naturschutz oder die Osteuropa-Workshops der OECD) und ergänzende Anstrengungen auszulösen, kann als erster Erfolg gewertet werden.

Die Rolle der Schweiz liegt aber insbesondere auch im politischen Bereich. Es gilt sicherzustellen, dass die Konferenzergebnisse nicht totor Buchstabe bleiben, sondern als Ausdruck eines verbindlichen Engagements der Umweltminister im Namen ihrer Regierungen konkret umgesetzt werden. Dies bedingt eine intensive Vorbereitung auf politischer Ebene. Erste diesbezügliche Anstrengungen wurden bereits unternommen. Die kürzliche Jahrestagung der Bretton Woods Institutionen wurde für eine Sensibilisierung der mittel- und osteuropäischen Partner genutzt. Für den 19. November ist auf Einladung der Schweiz und in Zusammenarbeit mit der Weltbank, der EG Kommission, der OECD, des Europarates und der ECE/UNO eine Informationstagung für hohe Beamte aus den Wirtschafts- und Finanzministerien dieser Länder geplant. Weitere Schritte werden folgen müssen.

7. Mittel

Ueber die verschiedenen Arbeitsgruppen gelang es, die Lasten der Konferenzvorbereitung aufzuteilen und sehr substantielle Beiträge von Staaten und internationalen Institutionen zu erhalten. Der Schweiz bleibt jedoch die Gesamtverantwortung für den Vorbereitungsprozess und die Konferenz selbst. Insbesondere die Gastgeberrolle für einen Anlass mit erwarteten 450 - 500 Teilnehmern und vier Sprachen bringt bedeutende Lasten in administrativer und finanzieller Hinsicht mit sich.

Ein Exekutivsekretariat ist einzurichten, das die inhaltlichen und organisatorischen Aufgaben wahrnimmt. Das EDA hat Herrn T. Litscher, Stellvertreter des Chefs der Sektion internationale Umweltangelegenheiten, für die Leitung des Exekutivsekretariats freigestellt. Die bestehende verwaltungseigene administrative Kapazität ist durch externe Unterstützung zu verstärken. Als Gastgeber hat die Schweiz zudem eine besondere Anstrengung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit zu übernehmen. Für das Exekutivsekretariat soll daher ein Informationsbeauftragter rekrutiert werden. Als Veranstalter hat die Schweiz auch die Kosten der Konferenzinfrastruktur (Räumlichkeiten, Uebersetzer-, Dolmetscherdienstleistungen, Bürogeräte), für Sicherheit, Dokumentation etc. zu tragen. Es ist zudem unerlässlich und auch gängige Praxis, dass die Reise- und Aufenthaltskosten der Delegierten aus Ost- und Mitteleuropa, wie dies mindestens teilweise bereits im Vorbereitungsprozess geschieht, übernommen werden. Mittel für gesellschaftliche Anlässe (Essen, Cocktail) sowie ein übliches kleines Gastgeschenk sind zudem vorzusehen. Das Interesse an der engen Mitarbeit der Nicht-Regierungssektoren rechtfertigt schliesslich einen Beitrag an deren Aufwand im Prozess (Zurverfügungstellung von Infrastruktur für vorbereitende Treffen und die vorbereitende Konferenz, Finanzierung der Beteiligung von mittel- und osteuropäischen Delegierten in den Nicht-Regierungsdelegationen).

Das vorläufige Budget rechnet mit Auslagen von Sfr. 1'347'000 (Beilage 4). Die Ausgaben werden aus den im Budget 1993 unter der Rubrik 310.3600.501 des BUWAL, EDI, bewilligten Mitteln bestritten.

Die Frage der Finanzierung des Aktionsprogramms für Ost-/Mitteleuropa wird sicherlich auch Gegenstand der Ministerkonferenz sein. Die Schweiz sollte in der Lage sein, sich gegebenenfalls an diesbezüglichen Zusagen oder neuen Mechanismen (am wahrscheinlichsten scheint die Einrichtung einer multilateralen Projektentwicklungsfazilität) zu beteiligen. Entsprechende Vorkehren (Reservation von Mitteln aus den Osthilfekrediten) sollten in Absprache mit den zuständigen Stellen und im Rahmen der üblichen Verfahren geprüft werden.

8. Ort und Datum der Konferenz

Die Festlegung des Konferenzdatums hat im Lichte gegensätzlicher Erfordernisse zu erfolgen. Einerseits besteht bezüglich Ost- und Mitteleuropa eine grosse Dringlichkeit, eine gewisse Orientierungslosigkeit zu überwinden und durch eine zielgerichtete Strategie zu ersetzen. Andererseits brauchen die Ausarbeitung eines soliden, konkreten Programmes und der politische Prozess zu dessen breiter Abstützung Zeit. Unter Berücksichtigung anderer wichtiger Tagungstermine im Umweltbereich und gestützt auf den Stand der Vorbereitungsarbeiten wurde die Konferenz auf den 28. - 30. April 1993 angesetzt. Ein letztes vorbereitendes Treffen auf hoher Beamtenebene ist eingeplant für den 26. - 28. April 1993. Im gleichen Zeitraum beabsichtigen die Nicht-Regierungsorganisationen und die Internationale Handelskammer ihre Vorkonferenz durchzuführen. Als Austragungsort wurde Luzern (Konferenzzentrum) gewählt.

9. Status der Konferenz

Der Bundesrat hat in der Vergangenheit wiederholt internationalen Konferenzen und Tagungen einen Sonderstatus gewährt. Beispiele sind der Status der Delegationen bei den SALT Verhandlungen (1972), die diplomatische Konferenz über Menschenrechte (Entscheid vom November 1973), die Libanonkonferenz (Entscheid vom 12. März 1984), das Treffen Reagan - Gorbatschow (Entscheid vom 8. November 1985), das Expertentreffen der KSZE über Minderheiten von 1991 und kürzlich, die Konferenz über das ehemalige Jugoslawien (Entscheid vom 9. September 1992).

Den an der Umweltministerkonferenz teilnehmenden Delegationen sollen die Vorrechte und Immunitäten gewährt werden, wie sie in der Konvention über Sondermissionen vom 8. Dezember 1969 niedergelegt sind. Die erwähnte Konvention ist für die Schweiz am 21. Juni 1985 in Kraft

getreten. Das Exekutivsekretariat benötigt keinen Sonderstatus, da es unter ausschliesslicher schweizerischer Verantwortung steht.

10. Rechtsgrundlagen

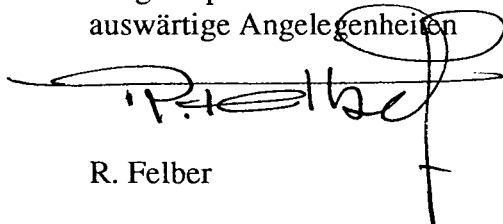
Im Einklang mit der bisherigen Praxis kann der Bundesrat gestützt auf seine ausserpolitische Kompetenz (BV, Art. 102, Ziffer 8) internationalen Konferenzen Vorrechte und Immunitäten gemäss Punkt 9. gewähren. Gleiches gilt für die Bereitstellung der Mittel für die Konferenz gemäss Punkt 7. des Antrags. Die Haushaltskompetenzen der Räte bleiben vorbehalten

11. Aemterkonsultation

Die folgenden Aemter wurden zum vorliegenden Antrag konsultiert und sind mit diesem einverstanden: Eidg. Finanzverwaltung (EFD); Bundesamt für Aussenwirtschaft (EVD), Intergrationsbüro (EDA/EVD), Bundesamt für Justiz (EJPD).

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Eidg. Departement für
auswärtige Angelegenheiten



R. Felber

Eidg. Departement
des Innern



F. Cotti

Beilagen: - Entwurf des Beschlussdispositivs

- Organigramm des Vorbereitungsprozesses, Sitzungsdaten, Erläuterungen zum Aktionsprogramm und zur pan-europäischen Komponente, vorläufiges Budget

Zum Mitbericht an: EFD, EVD, EJPD

Protokollauszug an: DIO (EDA), BUWAL (EDI)

Durchführung der zweiten Ministerkonferenz im Rahmen des Prozesses "Umwelt für Europa" Ende April 1993 in der Schweiz

Aufgrund des Antrages des EDA und des EDI vom 12. November 1992

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

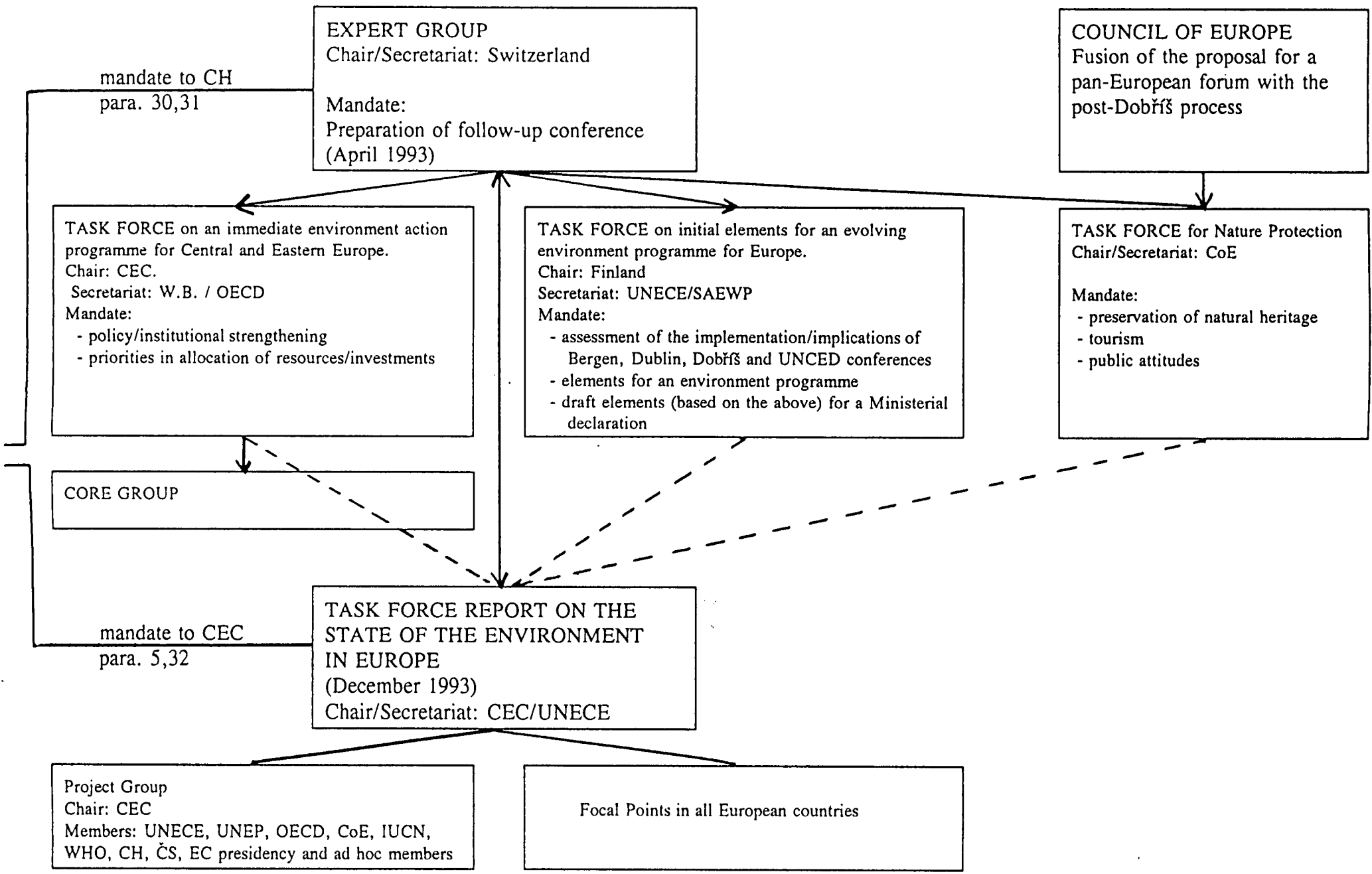
beschlossen:

1. Die Konferenz findet vom 28. - 30. April, 1993, in Luzern statt.
2. Ein Exekutivsekretariat gemäss Punkt 7. des Antrages wird eingerichtet. Herr T. Litscher, Stellvertreter des Chefs der Sektion internationale Umweltangelegenheiten im EDA, wird zum Exekutivsekretär ernannt.
3. Die Vorbereitungs- und Durchführungskosten der Konferenz in der Höhe von maximal Sfr. 1'347'000 werden dem Budget 1993 des BUWAL (EDI), Rubrik 310.3600.501 belastet.
4. Den Konferenzdelegationen werden Vorrechte und Immunitäten gemäss der Konvention über Sondermissionen vom 8. Dezember 1969 gewährt.

Für getreuen Protokollauszug:

POST-DOBŘÍŠ PROCESS

DOBŘÍŠ MINISTERIAL DECLARATION



EXPERT GROUP
Chair/Secretariat: Switzerland

Mandate:
Preparation of follow-up conference
(April 1993)

COUNCIL OF EUROPE
Fusion of the proposal for a pan-European forum with the post-Dobříš process

TASK FORCE on an immediate environment action programme for Central and Eastern Europe.
Chair: CEC.
Secretariat: W.B. / OECD
Mandate:
- policy/institutional strengthening
- priorities in allocation of resources/investments

TASK FORCE on initial elements for an evolving environment programme for Europe.
Chair: Finland
Secretariat: UNECE/SAEWP
Mandate:
- assessment of the implementation/implications of Bergen, Dublin, Dobříš and UNCED conferences
- elements for an environment programme
- draft elements (based on the above) for a Ministerial declaration

TASK FORCE for Nature Protection
Chair/Secretariat: CoE

Mandate:
- preservation of natural heritage
- tourism
- public attitudes

CORE GROUP

TASK FORCE REPORT ON THE STATE OF THE ENVIRONMENT IN EUROPE
(December 1993)
Chair/Secretariat: CEC/UNECE

Project Group
Chair: CEC
Members: UNECE, UNEP, OECD, CoE, IUCN, WHO, CH, ČS, EC presidency and ad hoc members

Focal Points in all European countries

"ENVIRONMENT FOR EUROPE", Luzern

1993

MAY	(10-21	Nairobi	UNEP/GC)
APRIL	29-30	Luzern	Ministerial Conference
	26-28	Luzern	Expert Group (final meeting)
	(20-28	Geneva	UN/ECE Annual Session)
	(20-23	Paris	OECD/EPOC Spring Session)
MARCH		Geneva	Group of Experts (7th meeting)
FEBRUARY	9-10	Brussels Minsk, Kiew, Moskow	State fo the Environment Report (Project Group) Mission
		Geneva	Group of Experts (6th meeting)
JANUARY	28/29	Geneva	Group of Experts (5th meeting)

1992

DECEMBER	17/18	NL	Action Programme CEEC (Core Group)
	16	Geneva	Action Programme CEEC (Task Force CEC)
	14-15	Geneva	Env. Programme for Europe (Working Group UN/ECE)
	2/3	Minsk	Workshop OECD
NOVEMBER	26-27	Strasbourg	Nature Protection (Task Force CoE)
	19	Bern	Briefing for CEEC Finance and Economic Ministries

OCTOBER	27-28	Brussels	G-24 Environmental Working Group
	21, 23	Geneva	Env. Programme for Europe (informal consultations topic groups)
	22	Geneva	Expert Group (4th meeting)
	19-20	Warsaw	Action Programme CEEC (Core Group)
SEPTEMBER	28-30	Geneva	Env. Programme for Europe (Task Force UN/ECE)
	11	Bern	Briefing National NGO
	9	London	Steering Group "Study"
	8	London	Steering Group EBRD
AUGUST	27	Bern	Int. NGO Consultation Meeting
JULY	9-10	Geneva	Env. Programme for Europe (Designated Experts UN/ECE)
	8	Brussels	Group of Experts (3rd meeting)
	7	Brussels	Action Programme CEEC (Task Force CEC)
JUNI	17-19	Prague	IEA/OECD Conf.: Energy and Environment
	8-11	Washington	Action Programme CEEC (Core Group)
MAY	19-21	Warsaw	IBRD/OECD/IBRD Conf.: Investment and Liability
	11-13	Geneva	Env. Programme for Europe (Designated Experts UN/ECE)
	7	Brussels	State of the Environment Report (Project Group)
MARCH	3-6	Geneva	Env. Programme for Europe (Designated Experts UN/ECE)
	2	Geneva	Group of Experts (2nd Meeting)
FEBRUARY	17-18	Berlin	Action Programme CEEC (Task Force/CEC and Core Group)
	13	Brussels	State of the Environment Report (Project Group)
JANUARY	10	Sofia	Action Programme CEEC (Core Group)

1991

DECEMBER	20	Brussels	State of the Environment Report (Project Group)
	12	Paris	Action Programme CEEC (Core Group)
NOVEMBER	26	Geneva	Group of Experts (1st meeting)
OCTOBER	30	Geneva	Intergov. Inception Meeting
	29-30	Budapest	OECD/UN/ECE Conf: Costing and Funding Environmental Policies in CEEC
	29	Brussels	State of the Environment Report (Orientation meeting)
JUNE	21-23	Dobris Castle	

MEMORANDUM

ENVIRONMENT FOR EUROPE

ENVIRONMENTAL ACTION PROGRAMME FOR CENTRAL AND EASTERN EUROPE

The first pan-European Conference of environment ministers held at Dobris Castle near Prague in June last year can be seen as the beginning of the **process "Environment for Europe"**. Its longer term objective is the achievement of a high quality of the environment throughout the continent. Switzerland will host the second Conference in this process in Lucerne, 28th - 30th April 1993. An intensive preparatory process initiated in October 1991 involves all states concerned as well as all relevant international organisations and institutions. Judging from progress to date, substantial, concrete and action oriented proposals are expected to be put to ministerial decision at Lucerne. They are in particular: first elements of an evolving **Environmental Programme for Europe** and an **Environmental Action Programme for Central and Eastern Europe**. The latter can be seen as an important prerequisite to a broader and longer term effort to promote convergence of environmental policies in Europe.

The **Environmental Action Programme for Central and Eastern Europe** is being prepared by an intergovernmental Task Force chaired by the EC Commission. The World Bank serves as secretariat for the analytical work, jointly with OECD which is organizing a number of workshops and conferences to disseminate and discuss the ideas being developed. As such, the **Action Programme** is addressed as much at economics and finance ministries as at environment ministries. Its full draft is expected to be submitted to governments in late January 1993.

The key objective of the **Action Programme** is to achieve tangible and immediate improvements in the most serious environmental problems in Central and Eastern Europe, by helping to strengthen country-specific as well as cross-country environmental strategies, and to foster East-West collaboration. The focus is on identifying cost-effective and feasible solutions to those environmental problems which are a significant threat to public health, the cause of large productive losses or irreversible in nature. The **Action Programme** will recommend measures which:

- (i) are consistent with the severe resource constraints in the countries of Central and Eastern Europe;
- (ii) build on and extend wherever possible the many environmental initiatives already underway as part of domestic, bilateral and multilateral programs;
- (iii) recognize that international assistance for the environment is likely to provide only a small fraction of the required funds; and
- (iv) achieve the greatest short-to-medium term environmental benefits at lowest economic cost.

Because a significant proportion of the environmental improvements can be expected to arise from the economic transformation process, a crucial and major part of the analysis involves identifying the contribution to environmental improvement arising from:

- *market reform* associated especially with energy price increases; and
- *economic and industrial restructuring*, including a steady pace of capital stock turnover as well as improved approaches to industrial management.

In addition, the **Action Programme** will identify

- *environmental policies*, meaningful regulations and strong and innovative institutions which can provide broad incentives for sound environmental management.

Where the above measures are not effective (e.g., in the household sector or in selected industries which cannot respond as well to energy price changes), the **Action Programme** will identify specific *environmental expenditure priorities*. These will be based on the premise that significant environmental benefits can be achieved at relatively modest cost by focusing on achieving acceptable levels of improvement to the most urgent problems. For instance, there may be opportunities to spend 30 % of the potential cost of achieving Western European environmental standards but still achieve 70 % of the benefit by focusing on:

- certain emission sources in particularly polluted areas; or
- only the most harmful pollutants; or
- the sites which offer the lowest cost opportunities for abatement.

The groundwork for the **Action Programme** will be provided by a series of high priority studies agreed to by the representatives of the countries of the UN ECE region in the Expert Group, the steering body of the preparatory process. The major studies are being funded by seven countries, the EC Commission, and the World Bank, and include the following:

- identification of the most affected areas based on environmental health impact or the loss of biodiversity;
- a set of studies to define the expenditure options which offer the most cost-effective (short-term) environmental improvements in particular sectors or urban locations;
- development of future scenarios assuming different economic and environmental policies;

- analysis of economic instruments and taxation policy aimed at air and water pollution;
- assessment of the impact of environmental factors on privatization and investment, and the role of environmental liability;
- development of instruments for least-cost reduction of emissions of acid pollutants (sulfur dioxide and nitrogen oxides);
- development of an economically efficient strategy to phase out ozone-depleting substances; and
- various analyses of the institutional prerequisites for successful implementation of cost-effective environmental strategies.

15/10/92

M E M O R A N D U M

Environment for Europe

Ministerial Conference at Luzern, April 28th to 30th, 1993

The Pan-European Component

1. The Conclusions of the Dobris Castle Conference of June, 1991, while paying particular attention to the environmental situation in Central and Eastern Europe, identify the achievement of more collaborative strategies in Europe as the most urgent task (para. 19). They call for the preparation of a report on the State of the Environment in Europe to be ready before the end of 1993, in the light of which an Environmental Programme for Europe is to be developed (para. 32).

2. A Group of Experts was given the mandate to carry forward the follow-up process on the basis of these Conclusions and to submit concrete proposals to the next ministerial conference (para. 30). In pursuing the longer-term aim of the process "Environment for Europe", which is to promote the convergence of environmental policies and protection levels in Europe, the Expert Group expects to be able to put before the ministerial conference of Luzern (28th to 30th April, 1993):

- an Action Programme for Central and Eastern Europe designed to address the most urgent environmental problems of that part of Europe;

- initial elements of an Environmental Programme for Europe (EPE). These elements would constitute a first response to the call for more intensive collaborative strategies and for better coordination of national and international efforts in Europe.

3. The initial elements of an evolving EPE are being developed by a UN/ECE Working Group upon request from the Group of Experts. This Working Group held its first formal meeting from September 28th to 30th, 1992. It recognised that there was already a considerable number of cooperative activities within and outside existing agreements, conventions and international institutions.

In a first phase leading up to the Luzern Conference, the Working Group - taking into account that nature protection issues were being addressed by a Task Force within the Council of Europe - will focus mainly on the improvement of tools and mechanisms to promote environmental coherence in Europe.

4. These initial elements would have to be of relevance for the whole region, politically significant, suitable for ministerial action and promising of some measure of progress.

5. On the basis of concrete proposals and after intensive discussions, the Working Group agreed that among the tools and mechanisms suitable for presentation to Ministers at the Luzern Conference were the following:

- harmonisation of environmental data (collection, evaluation);
- strengthening of legal instruments (identification of the status of the new States, capacity building on the national level, improvement of compliance mechanisms);
- environmental performance reviews;
- economic instruments;
- environmentally sound technology (including energy efficiency);
- integrated pollution control;
- public participation.

Ministers may wish to modify this list at the Luzern Conference.

6. These issues will be developed further by the appropriate experts from interested governments. Discussion papers will be circulated well in advance of the next formal meeting of the Working Group scheduled for December 14th and 15th, 1992. These papers need to address questions such as

- why a particular issue merits to be taken up by the ministers,
- what the ministerial action is expected to be,
- how, by whom and in what manner the expected ministerial action is to be prepared.

Provisorisches Budget für 1993

Exekutivsekretariat Personal

Verantwortlicher Organisatorisches (5 Monate)	Sfr. 70'000
Informationsbeauftragter (6 Mte.)	84'000
Sekretariatskraft (6 Mte.)	42'000

Konferenzpersonal

Sprachdienstleitungspersonal (2 Personen, 5 Tage)	8'000
Uebersetzer, 4 Sprachen à 1 Team (3 Uebersetzer, 3 Schreibkräfte), 5 Tage	60'000
Dolmetscher, 4 Sprachen à 3 Teams (3 Personen), 5 Tage	144'000
Administratives Personal (Empfang, Dokumentation, Kommunikation, Pressebüro), 30 Pers., 5 Tage	60'000

Sicherheit	200'000
------------	---------

Infrastruktur

Gebäudemiete	10'000
Miete Ausstattung (Dolmetschereinrichtungen, Photokopier-, Textverarbeitungsgeräte, Faxen)	100'000
Büromaterial	20'000
Uebersetzungskosten	100'000

Gastgeberrolle

Reise- und Unterkunftskosten ost-/mitteleurop. Delegierter: Konferenz (75 Delegierte)	Sfr. 220'000
Expertengruppe (3 Tagungen à 20 Deleg.)	90'000

Gesellschaftliche Anlässe

- 1 Essen (450 Pers.)	30'000
- 1 Cocktail (450 Pers.)	9'000
- 1 Exkursion	20'000
- 1 Gastgeschenk	20'000

Beitrag Nicht-Regierungsorganisationen	60'000
--	--------

Total	1'347'000
-------	-----------